



DIE RUSSISCHE PARTEIENLANDSCHAFT: EINIGES RUSSLAND DIE REGISTRIERUNG AUSLÄNDISCHER NGOs RESOLUTION DES EU-PARLAMENTES ZUR PRESSEFREIHEIT

■ ANALYSE		
„Einiges Russland“: Die „Partei der Macht“ als Staatspartei? Petra Stykow, München		2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Regionalwahlen in Russland - 8. Oktober 2006		5
■ UMFRAGE		
Die Position von „Einiges Russland“ im russischen Parteienspektrum		6
■ UMFRAGE		
Braucht Russland politische Parteien? Umfrageergebnisse voller Widersprüche		10
■ KOMMENTAR		
Zurück zum Einparteienstaat? Galina Michaleva, Moskau		13
■ KOMMENTAR		
Administrative Begeisterung oder wie die gelenkte Demokratie souverän wurde. Jens Siegert, Moskau		15
■ DOKUMENTATION		
Resolution des EU Parlaments zur Lage der Pressefreiheit in Russland vom 25.10.2006		18
■ CHRONIK		
Vom 19. bis zum 26. Oktober 2006		20



Analyse

„Einiges Russland“: Die „Partei der Macht“ als Staatspartei?

Petra Stykow, München

Zusammenfassung

Seit dem Jahr 2004 hat „Einiges Russland“ immer deutlicher Züge einer Staatspartei angenommen. Ihre dominante Stellung im russischen Parteiensystem verdankt sie der Patronage des Kreml, die Zugang zu administrativen Ressourcen eröffnet. Sie agiert als eine der Einflussressourcen der föderalen Exekutive und erfüllt Funktionen der Wählermobilisierung, zunehmend auch der Elitenrekrutierung, Systemlegitimation und Sozialintegration. Ob sie die Duma-Wahlen im Dezember 2007 gewinnen wird, erscheint heute dennoch unsicherer als vor einigen Wochen.

„Einiges Russland“ als politisches Gravitationszentrum

Die Partei „Einheit und Vaterland – Einiges Russland“ entstand im Verlauf des Jahres 2001 aus dem Zusammenschluss der Partei „Einheit („Bär“)“ mit den Vereinigungen „Vaterland“ und „Ganz Russland“. Im Dezember 2003 errang die neue Partei einen vorhergesagten, in seinem Ausmaß jedoch spektakulären Wahlsieg: Mit 37,57 Prozent der Stimmen deklassierte sie die Kommunisten (KPRF, 12,61 Prozent) und Shirinowskij's Liberaldemokratische Partei (LDPR, 11,45 Prozent).

In den letzten drei Jahren hat „Einiges Russland“ immer deutlicher Züge einer Staats- und Regierungspartei angenommen. Das äußert sich zum einen in der zuverlässigen Mehrheitsbeschaffung für Präsident und Regierung. Erstmals im postkommunistischen Russland kann sich die föderale Exekutive auf eine unerschütterlich funktionierende parlamentarische Maschinerie stützen, deren Abstimmungsverhalten durch die Präsidentialadministration gesteuert wird. „Einiges Russland“ verfügt über die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. Die Vorsitzenden aller 29 Duma-Ausschüsse sind Mitglieder ihrer Fraktion, der 310 der 450 Mandatsträger angehören, darunter Repräsentanten einiger kleiner, formal selbstständiger Parteien. Die Monopolstellung in einem Repräsentativorgan, das immerhin aus fünf Fraktionen besteht, wird damit begründet, dass die Fraktion „Einiges Russland“ angesichts ihrer Dominanz die „volle Verantwortung“ für den politischen Output der Duma zu übernehmen habe.

Zum anderen verzeichnet „Einiges Russland“ eine stürmische, sich scheinbar noch immer beschleunigende Organisationsentwicklung. Eigenen Angaben zufolge zählt sie im Oktober 2006 1,16 Mio. Mitglieder, mithin sechs- bis siebenmal mehr als die KPRF, die zweitgrößte der gegenwärtig 34 offiziell registrierten Parteien. Auf die politischen Eliten übt

„Einiges Russland“ mittlerweile einen enormen Sog aus. Bereits mehr als zwei Drittel der 88 Gouverneure sind der Partei beigetreten; 107 der 178 Mitglieder des Föderationsrates, des Oberhauses des Parlaments, gehören ihr an. In ihren Führungsgremien finden sich einige föderale Minister, so neben Katastrophenschutzminister Sergej Schojgu auch Agrarminister Aleksej Gordejew und Vizepremier Aleksandr Shukow.

Schließlich positioniert sich „Einiges Russland“ gegenwärtig als Gravitationszentrum des intermediären Raums und versucht damit, die fehlende soziale Verankerung zu überwinden, welche für alle russischen Parteien charakteristisch ist. Als ihre Bündnispartner betrachten sich inzwischen 30 gesellschaftliche Organisationen. Ihr Spektrum reicht von Frauen- und Jugendverbänden über Vereinigungen im Natur- und Denkmalschutz, Wohlfahrtsverbände, Freizeit- und Berufsvereinigungen bis zu (Militär-) Sportorganisationen, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden. Regionalabteilungen der Partei schließen unter der Patronage der jeweiligen Gouverneure feierliche „Vereinbarungen über Zusammenarbeit“ mit einer Vielzahl von Sympathisantenorganisationen. Auch Prominente aus Kunst und Kultur werden als Fürsprecher von „Einiges Russland“ in der Öffentlichkeit bemüht.

„Einiges Russland“ als „Partei der Macht“

„Einiges Russland“ gehört zum Typus der „Partei der Macht“ („administrative Partei“). Neben liberalen, nationalistischen und linken (kommunistischen) Parteien bildet dieser seit Mitte der 1990er Jahre eine für Russland spezifische Parteienfamilie. Es handelt sich um Parteien, die jeweils kurz vor anstehenden Dumawahlen durch die Bürokratie als „Wahlmaschinen“ aus dem Boden gestampft werden, um das Elektorat kurzzeitig zu mobilisieren. Ihre Wahlerfolge beruhen auf der Nutzung so genannter „administrativer Ressourcen“: Geschart um prominente Politiker

der föderalen bzw. regionalen Exekutiven entfalten diese Gebilde effiziente Wahlkampagnen, indem sie auf die personelle, materielle, finanzielle und logistische Ausstattung von Amtsinhabern zurückgreifen und professionelle PR-Unternehmen engagieren. Dennoch scheiterten die ersten „Parteien der Macht“ als politische Projekte. „Russlands Wahl“ (1993) und „Unser Haus Russland“ sowie der „Ivan-Rybkin-Block“ (1995) besetzten keine ernstzunehmenden Positionen in der Duma. Erst mit der Partei „Einheit („Bär“)“ und der Wahlvereinigung „Vaterland-Ganz Russland“ (1999) sowie deren Fusionierung entstand seit der Dritten Duma eine propräsidentielle Parlamentsmehrheit. Programmatisch folgen alle diese Parteien der amorphen Ideologie des „Zentrismus“, welche die patriotische Sammlung um den Präsidenten als Garant des Staates, die kulturell-zivilisatorische Spezifik Russlands und die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Konsensbildung betont.

„Einiges Russland“ ist die erste der „Parteien der Macht“, die sich organisatorisch konsolidieren konnte. Entscheidend dafür ist die offene und bisher ungebrochene Patronage durch den Kreml. Putin begrüßte sie bereits auf ihrem Gründungsparteitag als eine Organisation, die „gesetzmäßig“ stattfindende „Vereinigungsprozesse in der russischen Gesellschaft“ verkörpere. Als künftige „Partei der Mehrheit“ signalisiere sie das Ende der Ära des „politischen Radikalismus“ mit seiner aggressiven Verteidigung egoistischer Partikularinteressen. Die politische Konfrontation habe „das staatliche System geschwächt“, „die Autorität des Staates, das Wesen der Demokratie, untergraben“ und damit politische Resignation verursacht. Der parteipolitische Wettbewerb solle nunmehr durch „gesunde Konkurrenz“ geprägt sein. Im Herbst 2003, mitten im Wahlkampf zur Duma, exponierte sich Putin – unerwartet und entgegen der bis dahin sorgfältig gepflegten Vorstellung von der Überparteilichkeit des Präsidenten –, indem er eine Wahlempfehlung für „Einiges Russland“ abgab. Die enge Verbindung zwischen der Partei und dem Machtzentrum des Landes wird auch personell gesichert. Hinter Boris Gryslow, dem ehemaligen Innenminister (2001–03), heutigen Partei- und Fraktionschef sowie Duma-Vorsitzenden, steht Wladislaw Surkow. Der stellvertretende Chef der Präsidentschaftsadministration gilt als heimlicher Parteivorsitzender. Als „graue Eminenz“ des Kreml ist er mit der konzeptionellen Ausarbeitung der „souveränen Demokratie“ und der Schaffung ihrer institutionellen Grundlagen befasst.

Eine Wiedergängerin der Kommunistischen Partei der Sowjetunion?

Die Partei ist über das Stadium einer bloßen „Wahlmaschine“ des Kreml hinausgewachsen. Sie ist ein Instrument der Elitenrekrutierung und -kontrolle geworden und beginnt, die Funktion der Loyalitätssicherung durch Lizenzierung von „Massenorganisationen“ wahrzunehmen. Aufgrund dieser Dominanz erlangt „Einiges Russland“ weitere wichtige Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten: Der Zugang zu „administrativen Ressourcen“ privilegiert sie nicht nur als Organisation im Kampf um die Wählergunst, sondern macht sie auch zu einem Karrierevehikel ambitionierter Politiker. Das Bestreben, Vereinigungen aller denkbaren Interessen in der Gesellschaft an sich zu binden, trägt zum einen zur Marginalisierung der kommunistischen sowie liberalen Opposition bei. Zum anderen mag dies nicht nur im Auftrag Putins geschehen, sondern kann auch als eine Art „Lebensversicherung“ der Partei gegenüber der Exekutive interpretiert werden, weil sie damit die Funktion eines unverzichtbaren Zwischengliedes zwischen „Massen“ und „Staat“ reklamiert. Dies weckt Erinnerungen an die „Einheit von Volk und Partei“, wie sie durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion propagiert wurde.

Tatsächlich knüpft „Einiges Russland“ – wie viele andere Phänomene in Putins Russland – an die russisch-sowjetische Tradition der staatlich organisierten Gesellschaft an. Was die „Partei der Macht“ von der KPdSU unterscheidet, ist zunächst das Fehlen einer Personalunion von Partei- und Staatschef. Zweitens ist die Partei auch nicht das macht- und deutungspolitische Zentrum, in dem die ideologischen Grundlagen des politischen Systems generiert werden. Sie ist lediglich einer der Multiplikatoren der „souveränen Demokratie“ und eine der Einflussressourcen der föderalen Exekutive. Deshalb wirkt sie nicht als eigenständiger politischer Akteur, sondern repräsentiert und legitimiert die Staatsmacht speziell im parteipolitisch-parlamentarischen Raum. Sie ist damit Bestandteil eines politischen Systems, das ungeachtet diverser Kontinuitäten weit stärker funktional ausdifferenziert ist als das Sowjetsystem.

Sind die Duma-Wahlen 2007 bereits entschieden?

Das Wählerpotential von „Einiges Russland“ wird gegenwärtig auf knapp unter 50 Prozent geschätzt. Aus jeder der neun Regionen, in denen am 8.10.2006

Regionalwahlen stattfanden, ging die Partei als Siegerin hervor. Umfragen zeigen, dass sie ihre Popularität weniger sich selbst als dem Status als „Partei Putins“ verdankt. „Einiges Russland“ kann deshalb von einem Phänomen profitieren, mit dem viele Beobachter die unangefochtene Stellung des Präsidenten erklären: Die buchstäbliche Undenkbarkeit politischer Alternativen stärkt die Neigung selbst kritisch gestimmter Wähler, der Urne fernzubleiben – oder aber „realistisch“ abzustimmen. Befördert durch die kürzlichen Veränderungen der Parteien- und Wahlgesetzgebung könnte die Partei „Einiges Russland“ auf einen – nach westeuropäischen Erfahrungen mit dem Verhältniswahlrecht (außer in Bayern) unüblichen – absoluten Sieg bei den Wahlen Ende 2007 zusteuern.

Die Vorbereitungen zur Duma-Wahl, die planmäßig im Dezember 2007 stattfinden soll, haben bereits begonnen. Die Wahlmaschine gerät in Bewegung. Für „Einiges Russland“ heißt dies zunächst, die Beziehungen zu potentiellen Konkurrenten im politischen Wettbewerb zu bestimmen. Gerechnet werden kann damit, dass einerseits weitere kleine Parteien in die „Partei der Macht“ einverleibt werden, wie dies im August 2006 bereits mit der (politisch unbedeutenden) Russischen Vereinigten Industriepartei geschehen ist. Andererseits wird „Einiges Russland“ den Abschluss von Bündnisvereinbarungen mit kleinen Parteien und weiteren gesellschaftlichen Organisationen intensivieren: Wichtiger als eine marginale Verbreiterung der Wählerbasis ist die Sicherung kontinuierlicher medialer Aufmerksamkeit. Daher wurde auch die Arbeit am neuen Parteiprogramm beschleunigt, das auf einem Parteitag Anfang Dezember 2006 beschlossen werden soll. Es greift den offiziellen Slogan der „souveränen Demokratie“ auf – in Abgrenzung von der „offenen Demokratie“, die sich nicht gegen Migration zu schützen wisse, von der „liberalen Demokratie“, in der nur ein kleiner Kreis privilegierter Eliten regiere und jenen „nicht-souveränen Demokratien“, deren Führungspersonal durch ausländische Mächte bestimmt werde.

Ob dies tatsächlich gelingt, scheint vor allem von der Politik des Kreml abzuhängen. Das Szenario des „mexikanischen Modells“ gilt einigen Beobachtern als realistische Zukunftsoption: Die dominante „Partei der Macht“, eine heterogene Elitenkoalition mit flankierenden Vorfeldorganisationen, verfügt dabei zwar beständig über die absolute Mehrheit im Parlament, es existieren jedoch kleinere unabhängige Parteien, denen Kritik an ihr gestattet ist.

Die Geburt einer zweiten „Partei der Macht“?

In jüngster Zeit wird diese Perspektive jedoch unsicherer, weil am Horizont das Projekt eines Zweiparteiensystems aufgetaucht ist, das Konkurrenz und gegebenenfalls alternierende Wahlsiege zwischen zwei „Parteien der Macht“ denkbar macht. Seit dem Sommer haben sich Anzeichen verfestigt, die Präsidialadministration plane die Schaffung eines „zweiten Standbeins“ im partei-parlamentarischen System. Ende August verkündeten die „Russische Partei des Lebens“, „Heimat“ und die „Russische Partei der Rentner“ ihre Fusion. Der Gründungsparteitag dieser sich „sozialdemokratisch“ definierenden Partei ist für den 28. Oktober angekündigt und wird sich auf der organisatorischen Grundlage von „Heimat“ vollziehen.

Die neue Partei kann sich bisher auf eine eigene Duma-Fraktion, ein Mitgliederpotential von ca. einer halben Million Menschen und eine prominente Führungsfigur, den Chef des Föderationsrates Sergej Mironow, stützen. Mit der Vereinigung der drei Parteien, die jede für sich genommen an der 7-Prozent-Sperrklausel scheitern könnten, entsteht eine Organisation, deren Wählerpotential gegenwärtig auf acht bis 15 Prozent geschätzt wird. Ebenso wie „Einiges Russland“ wird sie sich als propräsidentielle Partei präsentieren, die auch aus demselben programmatisch-ideologischen Reservoir schöpft. Sie wendet sich jedoch gegen das „politische Monopol einer einzigen Partei“ und wird versuchen, eine „linkszentristische“ Nuancierung der „souveränen Demokratie“ anzubieten. Dies bedeutet die populistische Betonung von nationalistischen und sozialistisch-konservativen Werten wie etwa die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch staatliche Umverteilung.

Durch das Projekt des „zweiten Standbeins“, als dessen Vater pikanterweise der „Einiges Russland“-Pate Wladislaw Surkow gilt, gerät „Einiges Russland“ unter Druck. Es wird angenommen, dass die neue Partei in stärkerem Maße Wähler von „Einiges Russland“ abziehen wird als von der KPRF. Schon prognostizieren Analytiker die Herausbildung eines Vierparteiensystems auf föderaler Ebene, in dem zwei programmatisch kaum unterscheidbare zentristische Parteien um die dominante Position konkurrieren, während KPRF und LDPR die Rolle der kleineren, unabhängig-kritischen Opposition übernehmen. Wenn die neu entstehende Partei auf dem Parteitag im Januar 2007 ihr Profil mit verteilungspolitisch-nationalistischen Themen schärfen kann und wenn sie

Zugang zu „administrativen Ressourcen“ erhält, vor allem aber, wenn Putin ihr offiziell sein Placet erteilen sollte – dann müsste man von der Vorstellung Abschied nehmen, dass der Wahlsieger bereits heute sicher fest-

stehe. Ohne freilich diese Ungewissheit als Zeichen interpretieren zu müssen, der politische Wettbewerb in Russland gewinne wieder an Substanz.

Über die Autorin

Petra Stykow ist Professorin für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

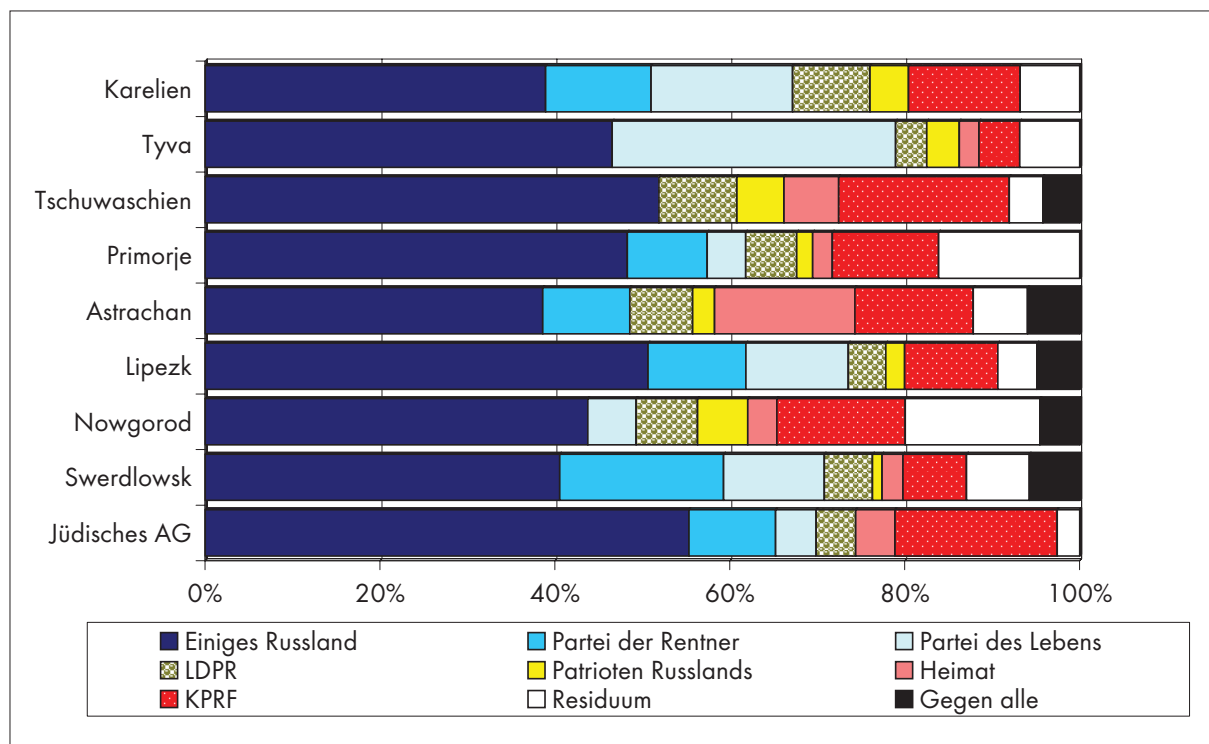
Lesetipps

- Offizielle Homepage der Partei: <http://www.edinros.ru/>
- Zentrum für Politische Technologien; Friedrich Ebert Stiftung. Büro Moskau: Die Parteien im politischen System Russlands – Bestandsaufnahme und Entwicklungsszenarien. Deutsche Kurzfassung in einer Bearbeitung von Dr. Matthes Buhbe und Maja Denisow, Moskau, Juli 2005 (Kurzfassung in Russlandanalysen 73 vom 23.9.2005).
- Vladimir Gel'man: From 'Fleckless Pluralism' to 'Dominant Power Politics'? The Transformation of Russia's Party System, in Democratization, 13.2006, No.4, S. 545–561.
- Richard Sakwa: The 2003 – 2004 Russian Elections and Prospects for Democracy, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 3, S. 369–398.

Tabellen und Grafiken zum Text

Regionalwahlen in Russland - 8. Oktober 2006

Am 8. Oktober fanden in acht Föderationssubjekten (den Republik Karelien, Tyva und Tschuwaschien, den Gebieten Primorje, Astrachan, Lipezk, Nowgorod und Swerdlowsk sowie dem Jüdischem Autonomen Gebiet) Wahlen der regionalen Vertretungskörperschaft statt. Die Stimmen verteilen sich folgendermaßen auf die Parteien (Angaben nach Ekspert, 16.23.10.2006 (Nr. 38) bzw. den Webseiten der regionalen Wahlkommissionen)



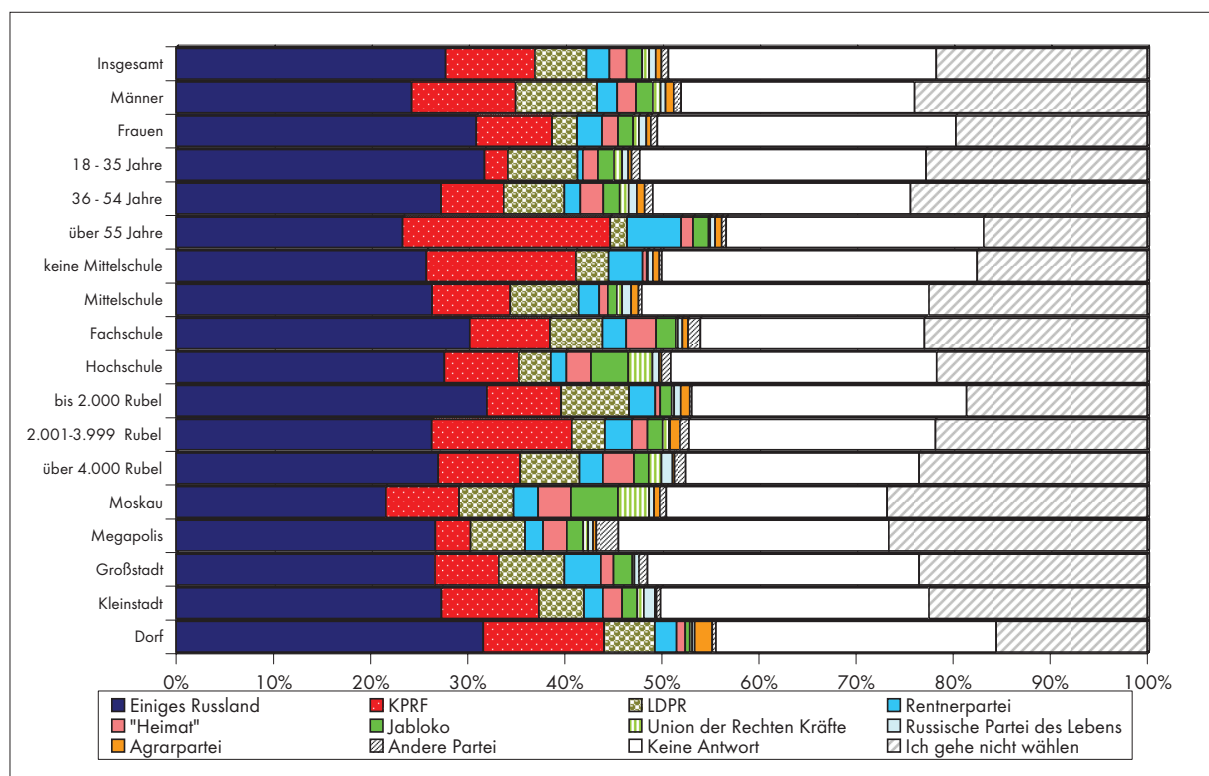
Region	Partei									
	Einiges Russland	Partei der Rentner	KPRF	Partei des Lebens	LDPR	Heimat	Patrioten Russlands	Residuum	Gegen alle	Wahlbeteiligung
Karelien	38,92%	12,06%	12,77%	16,19%	8,86%		4,39%	6,81%		33,04%
Tyva	46,54%		4,66%	32,41%	3,57%	2,26%	3,71%	6,85%		53,49%
Tschuwaschien	51,87%		19,51%		8,93%	6,25%	5,39%	3,84%	4,21%	43,73%
Primorje	48,27%	9,13%	12,15%	4,40%	5,85%	2,26%	1,82%	16,12%		39,47%
Astrachan	38,61%	9,95%	13,54%		7,18%	16,05%	2,51%	6,20%	5,96%	43,84%
Lipezk	50,65%	11,19%	10,66%	11,71%	4,29%		2,14%	4,48%	4,88%	44,94%
Nowgorod	43,75%		14,68%	5,53%	7,03%	3,33%	5,74%	15,39%	4,55%	30,96%
Swerdlowsk	40,54%	18,75%	7,27%	11,51%	5,51%	2,39%	1,09%	7,18%	5,76%	27,91%
Jüdisches AG	55,32%	9,92%	18,54%	4,64%	4,52%	4,49%		2,57%		43,52%

Umfrage

Die Position von „Einiges Russland“ im russischen Parteienspektrum

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 14. und 15. Oktober 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0641.zip>

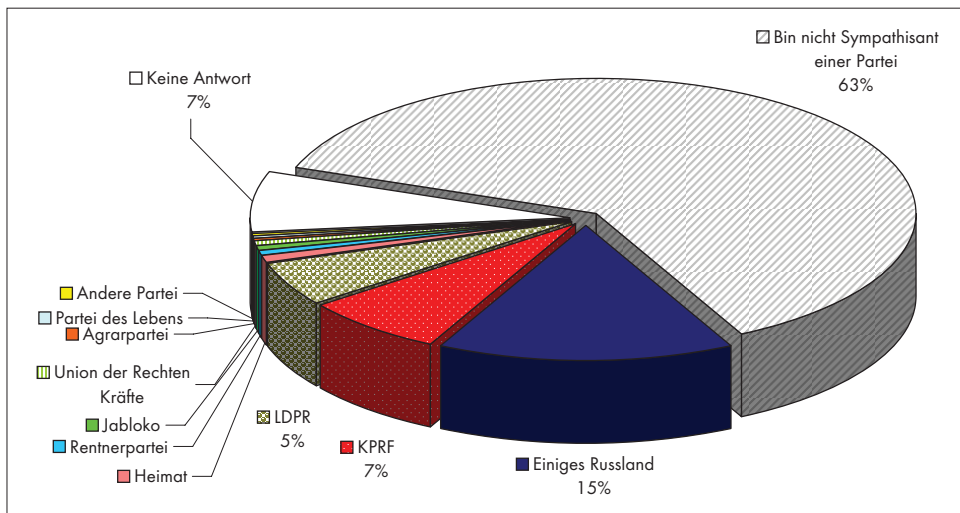
Wenn nächsten Sonntag Wahlen zur Staatsduma wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



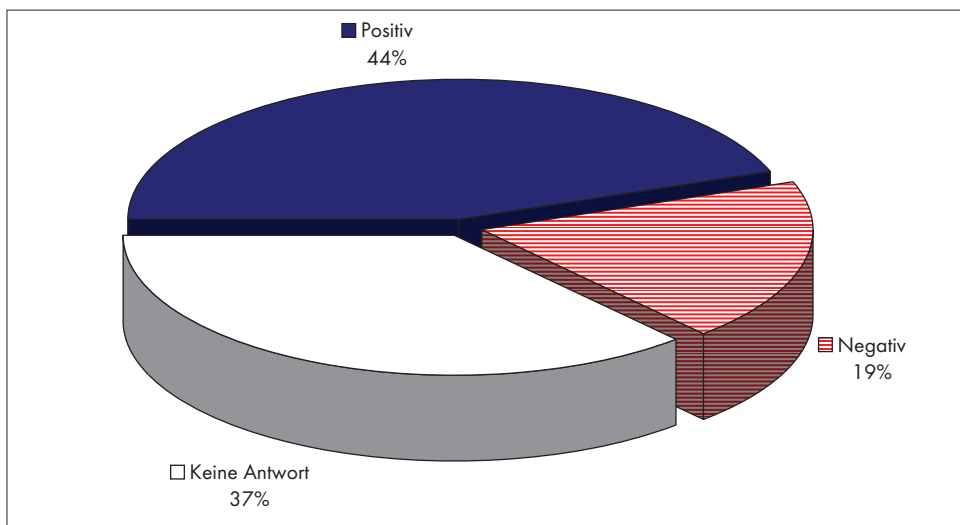
Stellen Sie sich vor, das nächsten Sonntag Wahlen zur Staatsduma wären. Sagen Sie bitte, für welche Partei würden Sie stimmen? (Karte, eine Antwort)

Einiges Russland	27,7%
KPRF	9,2%
LDPR	5,3%
Rentnerpartei	2,4%
„Heimat“	1,8%
Jabloko	1,6%
Union der Rechten Kräfte	0,7%
Russische Partei des Lebens	0,7%
Agrarpartei	0,6%
Andere Partei	0,7%
Ich gehe nicht wählen	21,7%
Keine Antwort	27,6%

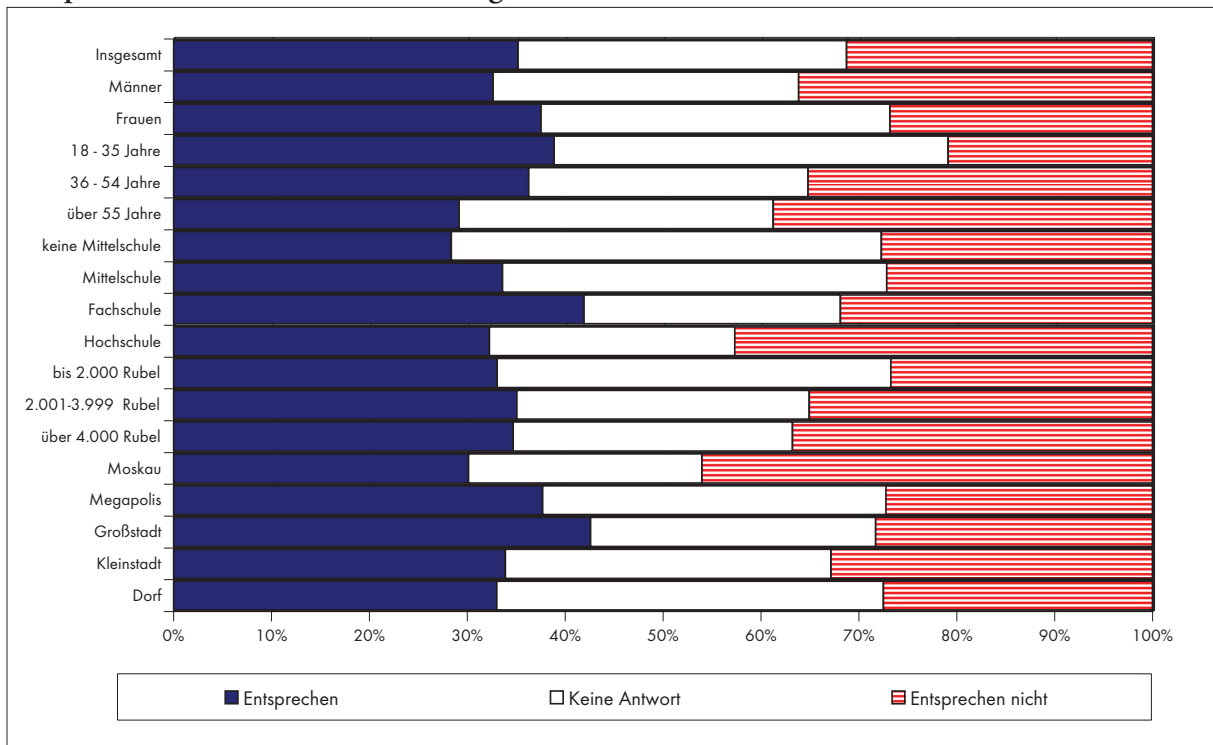
Unterstützen Sie heute eine Partei? Wenn ja, nennen Sie die Partei



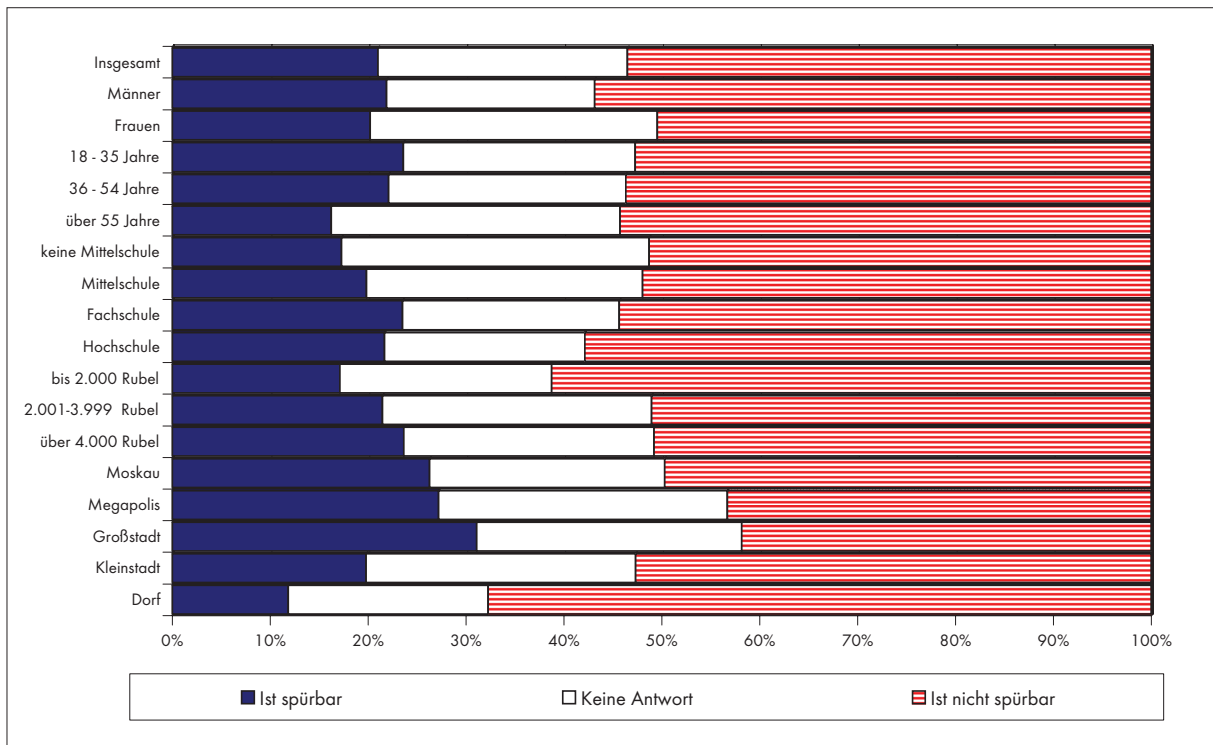
Wie bewerten Sie die Partei „Einiges Russland“ insgesamt?



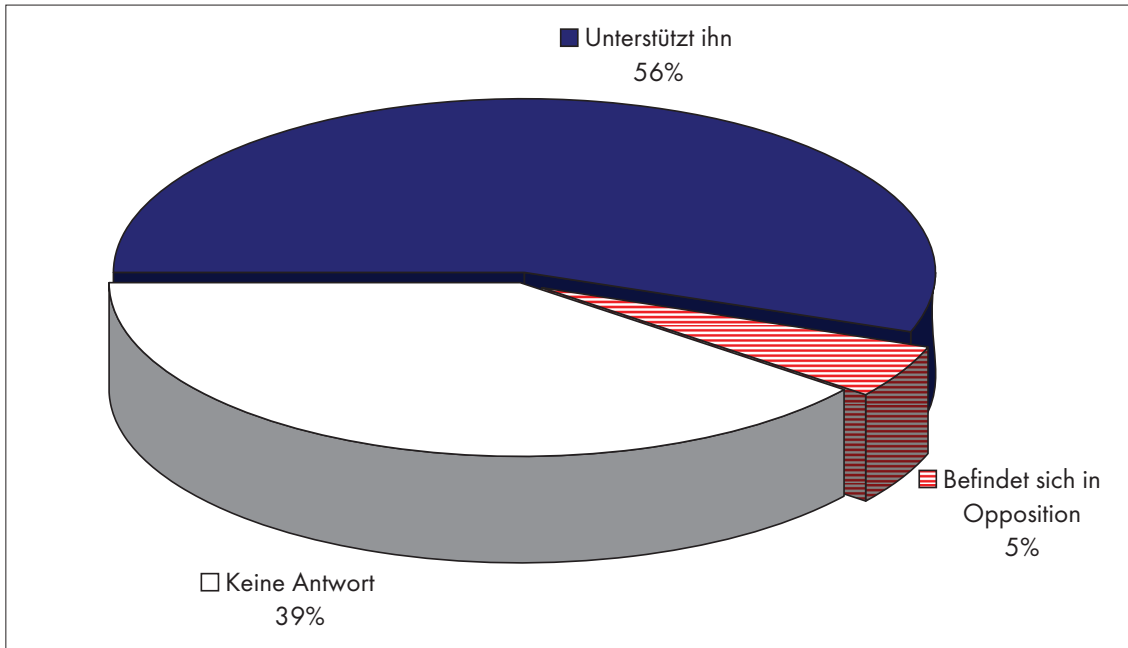
Entsprechen die Ziele der Partei „Einiges Russland“ den Interessen solcher Leute wie Ihnen?



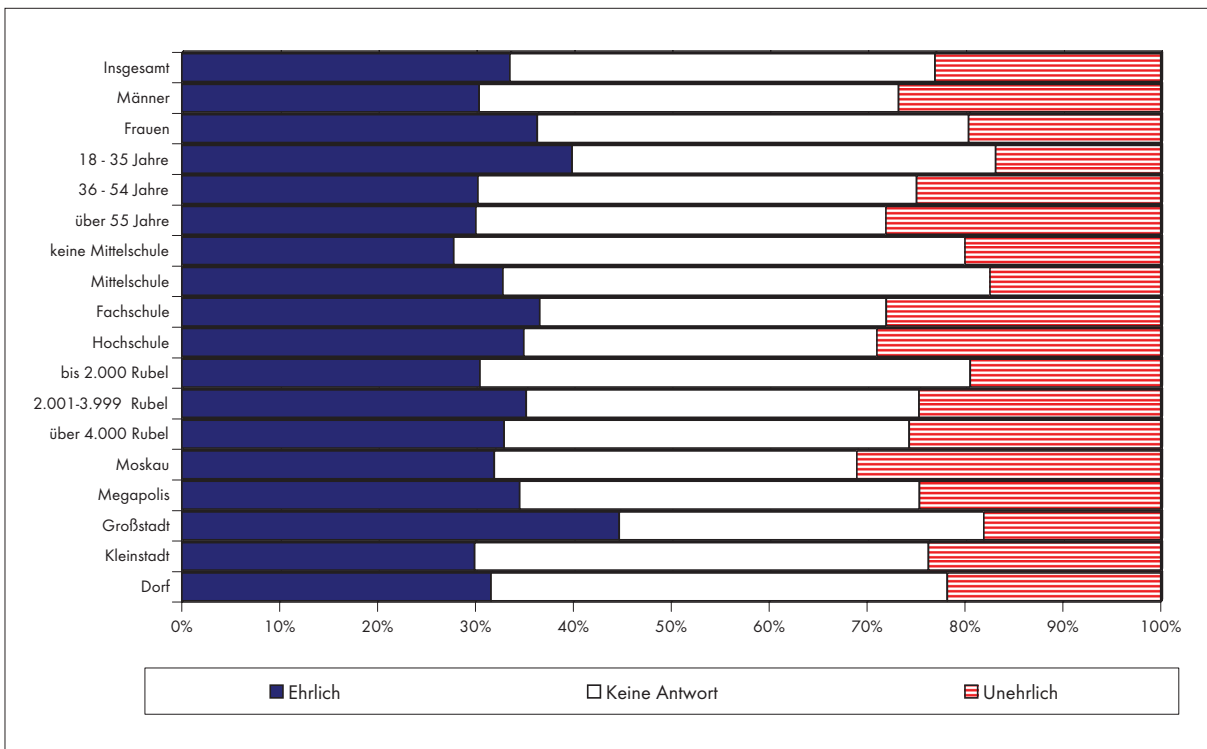
Ist in Ihrer Stadt/Ihrem Dorf die Tätigkeit der Partei „Einiges Russland“ spürbar?



Unterstützt die Partei „Einiges Russland“ in Ihrer Region den Gouverneur oder ist sie in der Opposition?

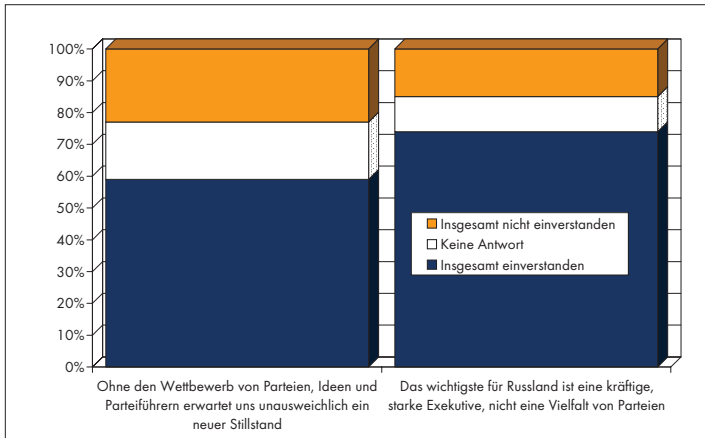


Hat „Einiges Russland“ den Regionalwahlkampf ehrlich geführt?



Umfrage
Braucht Russland politische Parteien? Umfrageergebnisse voller Widersprüche

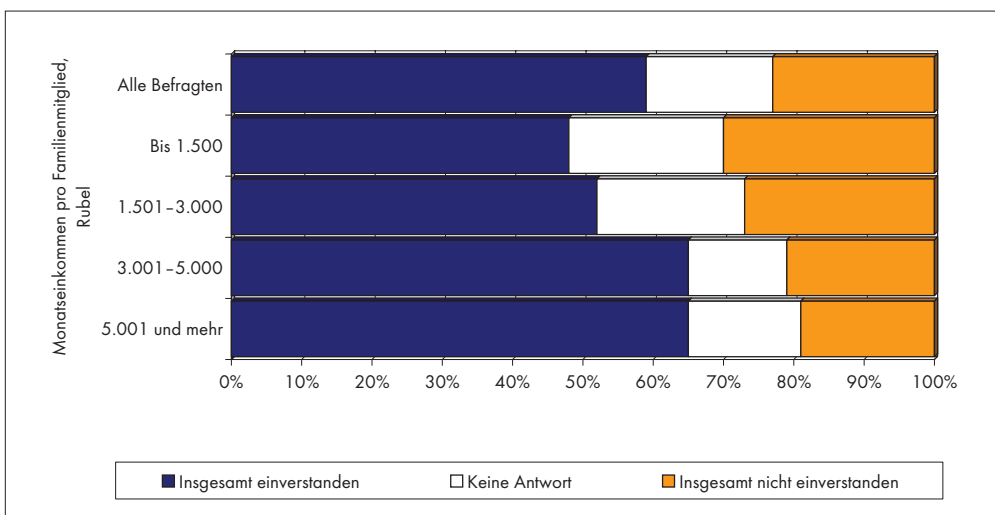
Quelle: Umfragen des kremlnahen Meinungsforschungsinstituts VCIOM vom 12.-13. August 2006

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3438.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=b390c89575
Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am ehesten einverstanden?


Ohne den Wettbewerb von Parteien, Ideen und Parteiführern erwartet uns unausweichlich ein neuer Stillstand

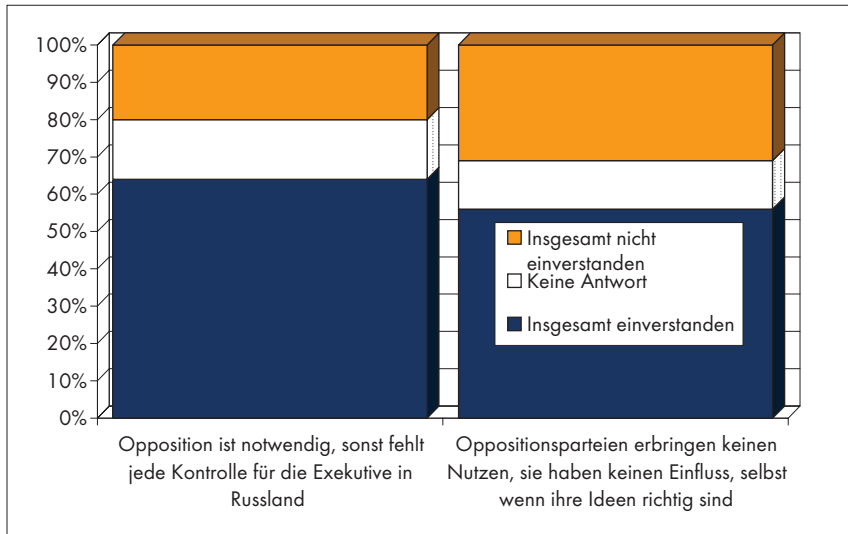
	Insgesamt einverstanden	Insgesamt nicht einverstanden	Keine Antwort
Ohne den Wettbewerb von Parteien, Ideen und Parteiführern erwartet uns unausweichlich ein neuer Stillstand	59%	23%	18%
Das wichtigste für Russland ist eine kräftige, starke Exekutive, nicht eine Vielfalt von Parteien	74%	15%	11%

Das wichtigste für Russland ist eine kräftige, starke Exekutive, nicht eine Vielfalt von Parteien

„Ohne den Wettbewerb von Parteien, Ideen und Parteiführern erwartet uns unausweichlich ein neuer Stillstand“


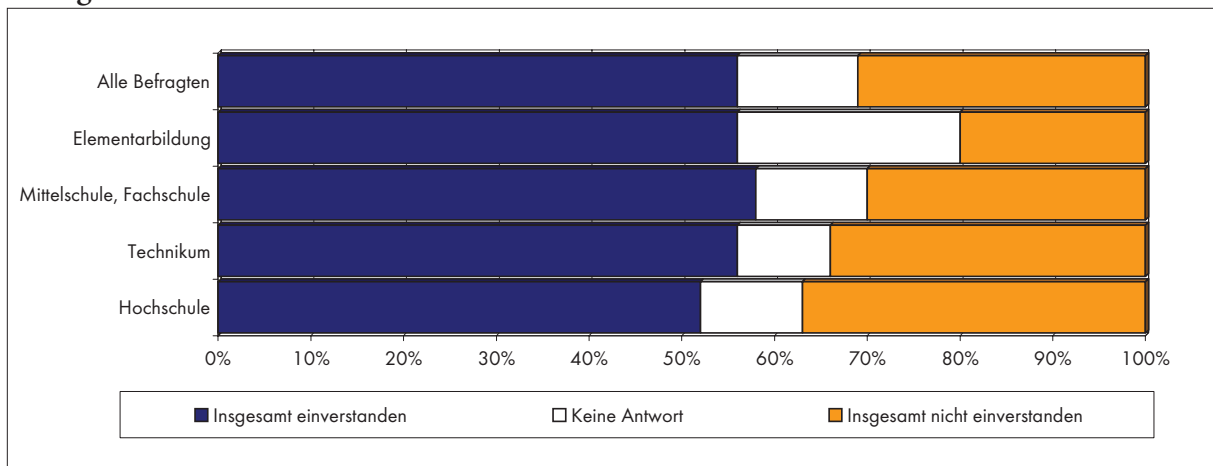
	Alle Befragten	Monatseinkommen pro Familienmitglied, Rubel			
		Bis 1.500	1.501–3.000	3.001–5.000	5.001 und mehr
Insgesamt einverstanden	59%	48%	52%	65%	65%
Insgesamt nicht einverstanden	23%	30%	27%	21%	19%
Keine Antwort	18%	22%	21%	14%	16%

Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am ehesten einverstanden?



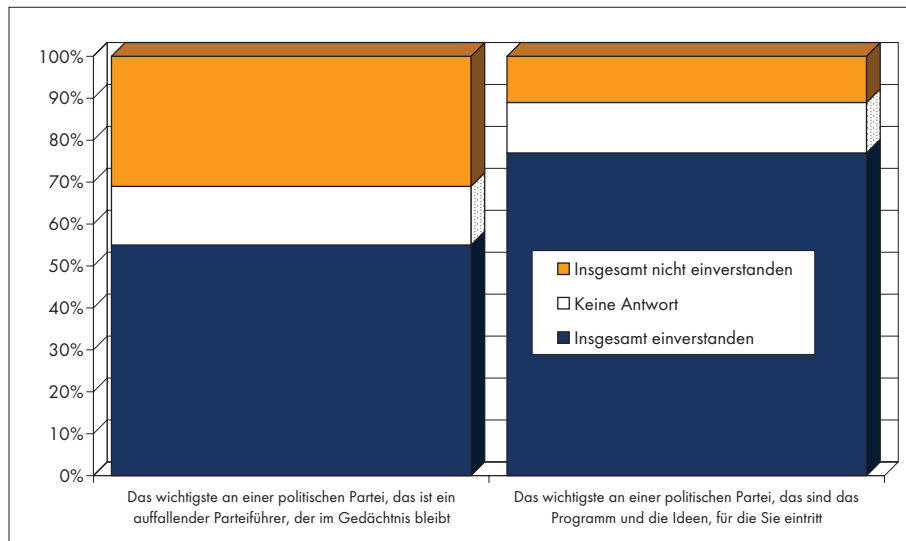
	Insgesamt einverstanden	Insgesamt nicht einverstanden	Keine Antwort
Opposition ist notwendig, sonst fehlt jede Kontrolle für die Exekutive in Russland	64%	20%	16%
Oppositionsparteien erbringen keinen Nutzen, sie haben keinen Einfluss, selbst wenn ihre Ideen richtig sind	56%	31%	13%

Oppositionsparteien erbringen keinen Nutzen, sie haben keinen Einfluss, selbst wenn ihre Ideen richtig sind



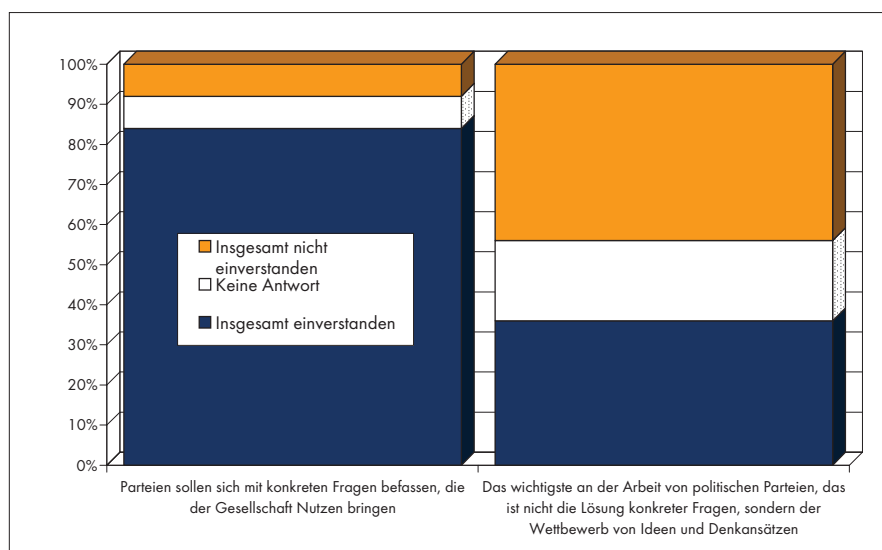
	Alle Befragten	Bildung			
		Elementarbildung	Mittelschule, Fachschule	Technikum	Hochschule
Insgesamt einverstanden	56%	56%	58%	56%	52%
Insgesamt nicht einverstanden	31%	20%	30%	34%	37%
Keine Antwort	13%	24%	12%	10%	11%

Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am ehesten einverstanden?



	Insgesamt einverstanden	Insgesamt nicht einverstanden	Keine Antwort
Das wichtigste an einer politischen Partei, das ist ein auffallender Parteiführer, der im Gedächtnis bleibt	55%	31%	14%
Das wichtigste an einer politischen Partei, das sind das Programm und die Ideen, für die sie eintritt	77%	11%	12%

Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am ehesten einverstanden?



	Insgesamt einverstanden	Insgesamt nicht einverstanden	Keine Antwort
Parteien sollen sich mit konkreten Fragen befassen, die der Gesellschaft Nutzen bringen	84%	8%	8%
Das wichtigste an der Arbeit von politischen Parteien, das ist nicht die Lösung konkreter Fragen, sondern der Wettbewerb von Ideen und Denkansätzen	36%	44%	20%

Kommentar

Zurück zum Einparteienstaat?

Von Galina Michaleva, Mitglied des Vorstandes der Russländischen Vereinigten Demokratischen Partei „JABLOKO“,
Moskau

Deja vu?

Was immer man macht, es kommt doch nur Murks dabei heraus – so kann man die moderne Geschichte des russischen Mehrparteiensystems beschreiben. Die eine, einzig relevante Partei heißt jetzt nicht mehr „führende und lenkende“, sondern „dominierende“. Den Bürgern wird nicht der entwickelte Sozialismus mit der Aussicht auf einen Sieg des Kommunismus angeboten, sondern eine „soveräne Demokratie“.

Dabei sind Stil und Methoden in vielem altbekannt. Es gibt wieder ununterbrochene Lügen im Fernsehen, dieselbe hoffnungslose Fadheit, es ist wieder unmöglich, die Gesichter der Parteifunktionäre zu unterscheiden, die Macht der Staatsmaschinerie, einschließlich der Exekutive und der Gerichte, wird erneut für Agitation und Propaganda ausgenutzt, es findet wieder eine Suche nach äußeren und inneren Feinden statt. Es gibt Bestrebungen, alle mit einer Kette zu fesseln, viele Menschen in den Schlamm zu ziehen und aus aktiven Bürgern Dummköpfe zu machen.

Früher gab es jedoch eine Warteschlange, von Bürgern, die der Partei beitreten wollten. Es wurden nur äußerst loyale Menschen ausgewählt, dafür war die Karriere garantiert. Jetzt aber ist es umgekehrt, alle werden gezwungen, der Partei beitreten und es wird mit Unannehmlichkeiten gedroht, wenn man nicht beitrifft.

Zur Sowjetzeit, falls das jemand vergessen haben sollte, gab es auch Wahlen, Agitatoren trieben alle zu den Wahlen, wer nicht ging, bekam Probleme und alle gaben ihre Stimme dem „Block der Kommunisten und Parteilosen“. Dies hat viel Ähnlichkeit mit dem, was jetzt bei den Wahlen in etlichen russischen Regionen geschieht und wenn die Entwicklung so weiter geht, kann dies im Jahre 2007 bei den Dumawahlen im ganzen Land so aussehen.

Gerichte als Instrument im Kampf gegen die Konkurrenz

Sobald im Blickfeld der Partei „Einiges Russland“ und ihrer Filialen ein bedeutender, nicht kontrollierbarer Konkurrent auftaucht, wird er entweder

unter beliebigem Vorwand nicht zu den Wahlen zugelassen, oder er wird durch ein Gerichtsverfahren ausgeschaltet. Dabei wird in der letzten Zeit nicht einmal ein Anschein von Gesetzlichkeit gewahrt. Die Wahlkommissionen und die Gerichte erledigen einfach einen politischen Auftrag, um das Feld für die Partei der Macht aufzuräumen. Dabei gib es keine besondere Logik. „Jabloko“ wurde in Karelien nicht zur Wahl zugelassen, weil sie Umfragen zufolge 20% hätte erreichen können und damit nur wenig hinter „Einiges Russland“ gelandet wäre. Das Oberste Gericht hat diese Entscheidung bestätigt. Der Hauptvorwurf gegen Jabloko war, dass die Partei ihr eigenes Statut beachtet, das übrigens beim Justizministerium angemeldet wurde.

Parteilieben nach bürokratischen Vorschriften

Die neuen Auflagen des Parteiengesetzes errichten für kleinere Parteien unglaubliche bürokratische Hürden. Die Forderung bezüglich der Mitgliederanzahl von Parteien sieht wie folgt aus: nicht weniger als 50.000 Mitglieder im ganzen Land, nicht weniger als 500 in der einen Hälfte der Regionen und nicht weniger als 250 in der anderen Hälfte. Bei Parteitagungen müssen so 5.000 Menschen und mehr teilnehmen. Die Forderung an sich, solchen Versammlungen zu organisieren, ist absurd. Wo kann man Versammlungen mit 5.000 Menschen und mehr veranstalten? Im Fußballstadion? Wie sollte man eine geheime Abstimmung organisieren, welche das Gesetz sowohl für die Wahl der leitenden Organe als auch für die Aufstellung von Kandidaten vorschreibt?

Alle Parteiaktivisten wissen, wie solche „Versammlungen“ stattfinden: Im besten Fall unterschreiben irgendwelche realen Menschen, dass sie die Kandidaten aufgestellt haben, aber sehr oft werden die Unterschriften einfach gefälscht. Warum sehen wir im Fernsehen häufig Parteitage, die in ein großes Zimmer passen? Weil ein Delegierter eine Region vertritt und seine Organisation nur auf dem Papier existiert. Natürlich sind moderne Parteien, nebenbei gesagt nicht nur in demokratischen Ländern, ganz anders organisiert. Das sind kleine Parteien von pro-

fessionellen Politikern, die mit ihren Anhängern und Wählern vor allem über Massenmedien kommunizieren.

Weil Jabloko dieses verstanden hatte, versuchte die Partei von 2001 an, als die Parteien nach dem neuen Gesetz lebten, einen Spagat: das Gesetz nicht zu verletzen und gleichzeitig vernünftig zu agieren. Viele Menschen, die ein Parteibuch erhalten wollten, hatten keine Lust, mehrere Stunden auf Parteiversammlungen zu verbringen. Deswegen wurden zwei Arten Mitgliedschaft eingeführt: die aktiven Mitglieder, die registriert sind und an allen Aktivitäten teilnehmen und diejenigen, die nur eingetragen sind, sich aber jederzeit registrieren lassen können, wenn sie dies möchten. Für das heilige Quorum zählen nur die registrierten Mitglieder.

Jetzt aber empfiehlt auch der Chef unseres Wahlministeriums, Alexander Albertowitsch Weschnjakow, dass Jabloko sein Statut korrigiert; wahrscheinlich meint er, dass das Ministerium, das für die Justiz verantwortlich ist, bei der Registrierung und damit Genehmigung des Statuts illegal gehandelt hat.

Wie schafft man Dominanz?

Im Allgemeinen ändern sich die Spielregeln laufend. Es gibt keine Garantie, dass sie sich nicht weiter ändern, wurde doch in der letzten Zeit auf Initiative von „Einiges Russland“ eine Änderung nach der anderen vorgenommen, um die Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und bürgerlichen Parteien, die unabhängig vom Kreml sind, eine erfolgreiche Teilnahme an Wahlen unmöglich zu machen.

Es wurde sowohl für nationale als auch für regionale Wahlen einheitlich eine 7%-Sperrklausel eingeführt. Es ist gesellschaftlichen Organisationen jetzt verboten, an Wahlverbänden und Wahlbeobachtung teilzunehmen. Die Parteien, die in der Duma vertreten sind, haben die Möglichkeit erhalten, „automatisch“ bei Wahlen auf allen Ebenen zu kandidieren, während alle anderen entweder eine Wahlkaution bezahlen oder Unterschriften zur Unterstützung ihrer Kandidatur sammeln müssen.

Die Verringerung der erlaubten Fehlerquote bei Unterschriftensammlungen von 25% auf 10% und die Anforderungen an die Organisatoren einer

Unterschriftenkampagne machen eine erfolgreiche Unterschriftensammlung faktisch unmöglich. Das Verbot neben einer Unterschriftenaktion gleichzeitig eine Wahlkaution zu zahlen, schließt eine Absicherung aus. Gleichzeitig legen etliche Regionalparlamente Kautionssummen fest, die eine Wahlbeteiligung de facto verhindern, indem sie zum Beispiel ein obligatorisches Mindestvermögen von 90 Millionen Rubel (etwa 3 Mio. US-Dollar) vorschreiben, wie es in St. Petersburg der Fall ist. Gleichzeitig wird die Bildung von Wahlblöcken, die helfen können die hohen Anforderungen zu erfüllen, zunehmend erschwert oder sogar verboten. Zusätzlich wurde die Liste der Kennzeichen von Extremismus so erweitert, dass sie den Beamten das Recht gibt, jede beliebige oppositionelle Tätigkeit und jede Kritik der Macht und ihrer Vertreter als „extremistisch“ zu bezeichnen.

Zur Stimmenauszählung bei Wahlen wurde das KOIB (Komplex obrabotki isbiratelných bjulletenej) eingeführt, ein elektronisches System, das die Wahlergebnisse direkt an die Wahlkommission der nächsthöheren Ebene weiterleitet, ohne die Möglichkeit einer Überprüfung des Resultates per Hand.

Alternativlosigkeit

Wenn früher die Wahlen auch nicht fair waren, gab es wenigstens Alternativen, jetzt aber werden auch die Alternativen zerstört. „Einiges Russland“ ist es egal, wie hoch die Kauttionen sind, weil das Geld sowieso aus dem Staatssäckel kommt. Auch die Mindestzahl von Parteimitgliedern kann zu jeder Zeit auf 100.000 oder sogar auf eine halbe Million erhöht werden. Wäre es da nicht einfacher, alle ohne Wahlen zu ernennen? Allerdings verlieren dann viele Menschen, die die Wahlen als ein einträgliches Geschäft betrachten, die Möglichkeit, den Staatshaushalt abzuschöpfen.

Was sollen also diejenigen tun, die überzeugt sind, dass Demokratie nicht nur ein Wort ist, das man anstandshalber ausspricht, sondern die effektivste und beste politische Ordnung für die Bürger? Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als sich einer radikalen Opposition gegen das System anzuschließen.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Dokumentation

Administrative Begeisterung oder wie die gelenkte Demokratie souverän wurde

Von Jens Siegert, Heinrich Böll Stiftung, Moskau

Nun ist es so richtig in Kraft, das neue NGO-Gesetz. Für russische NGOs langsam und fast unmerklich, für ausländische mit einem festen Termin. Bis zum 18. Oktober mussten Vertretungen, Filialen oder Dependancen nicht-russischer NGOs der neuen zentralen Meldebehörde *Rosregistracija* „anzeigen“, dass es sie gibt. Aufgrund dieser „Anzeige“ beschließt *Rosregistracija* den Eintrag in ein neu angelegtes Register über Vertretungen ausländischer NGOs, der dazu berechtigt in Russland tätig zu werden. Bis zum Stichtag hatten knapp 200 ausländische NGOs ihre Unterlagen bei *Rosregistracija* eingereicht, 103 waren registriert worden und es werden täglich mehr. Abgelehnt wurden bisher zwei Anzeigen, ausschließlich aus formalen Gründen, wie *Rosregistracija* versichert. Und selbst diese Organisationen könnten es mit guten Aussichten erneut versuchen, erklärte niemand anderes als Präsident Wladimir Putin persönlich dem Deutsch-Russischen Petersburger Dialog Anfang Oktober in Dresden. Warum also die Aufregung?

Die von Putin und anderen hochgestellten Vertretern des russischen Staates oft wiederholte Begründung für das neue NGO-Gesetz war einfach und deutlich: Es gebe Erkenntnisse der Geheimdienste, dass über NGOs terroristische Organisationen finanziert würden. Das müsse verhindert werden. Außerdem sei es nicht akzeptabel, dass über NGOs versucht werde, vom Ausland aus Einfluss auf die russische Politik zu nehmen. Anders ausgedrückt: Orangen Revolutionen in Russland sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Der Sinn des Gesetzes ist also Kontrolle, trotz aller beschwichtigenden Rhetorik nach den massiven Protesten gegen seine Verabschiedung im In- und Ausland vor knapp einem Jahr. Kontrolle vor allem der Geldflüsse aus dem Ausland an russische NGOs aber auch der Tätigkeit vor allem ausländischer NGOs in Russland überhaupt.

Das am 18. April in Kraft getretene Gesetz sah eine sechsmonatige Frist für ausländische NGOs vor, sich nach den neuen Regeln registrieren zu lassen. Die Prozedur regelt eine Verfügung des Justizministeriums vom 17. April 2006. Dort steht, welche Dokumente für eine Registrierung verlangt werden und es macht Sinn, sie kurz aufzuzählen: Gründungsdokumente der ausländischen NGO; Beschlüsse über die Eröffnung einer Vertretung und die Ernennung eines Leiters oder einer Leiterin; Vollmacht für diese Person;

Satzung der Mutterorganisation und der Vertretung. Ferner die „Anzeige“ selbst mit bis zu fünf Anlagen. Hier begannen die Schwierigkeiten und wohl auch gewollten Missverständnisse, die erst einmal einem sozusagen natürlichen Interessensgesetz zwischen NGOs und *Rosregistracija* entspringen. Diese Dokumente beizubringen und die Anzeige auszufüllen schien den Mitarbeitern von *Rosregistracija* einfach, den Ausfüllern aber durchaus undurchschaubar.

Erste Kontakte zwischen der Behörde, die nun kontrollieren wird, und NGO-Vertretern glichen einer Vorladung, wenn auch einer freundlich-väterlichen. Mit der Warnung, künftig drohten Verwarnung und Schließung, wurden die zukünftigen Delinquenten auf die Folgen, nicht normgerechten Verhaltens aufmerksam gemacht. Die Beamten von *Rosregistracija* trachteten, sich gleich von Anfang an mit einer Art Publikumsbeschimpfung Respekt zu verschaffen, indem sie immer wieder darauf hinwiesen, wie schlecht NGOs mit Dokumenten umgehen könnten, wie wenig ernst sie offensichtlich die Registrierungsprozedur nähmen und wie fehlerhaft alles sei, was sie, die Beamten, bisher von den NGOs zu Gesicht bekommen hätten. Der Trick gelang. Die NGOs waren ausreichend eingeschüchtert, zumindest aber besorgt, über den kalten administrativen Weg werde nun politisch ausgesiebt. Der Größe der Besorgnis entsprach die Unsicherheit, wie und in welcher Form, die geforderten Dokumente denn nun zur Zufriedenheit von *Rosregistracija* auszufertigen seien. Und ob das überhaupt möglich sein würde.

Es begann ein mal munteres, mal düsteres Hasen- und Igel-Spiel, in dem die armen NGO-Hasen immer wieder raten mussten, welche neuen Regeln sich der Registrierungsigel denn nun hatte einfallen lassen. Die Anforderungen an die einzureichenden Dokumente wurden, so der Verdacht von außerhalb der Black-Box-*Rosregistracija*, offensichtlich erst im laufenden Verfahren und sozusagen am lebenden Objekt entwickelt. Die von der Staatsführung zur Abwehr einer Gefahr für Staat und Gesellschaft berufenen Beamten fanden sich ja auch tatsächlich in einer Zwickmühle wieder. Einerseits hatte sogar das Staatsoberhaupt wiederholt versichert, internationale Normen, insbesondere die des Europarats würden eingehalten. Doch wer würde andererseits den Kopf hinhalten müssen, sollte eine später als „diversiv-

feindlich“ identifizierte Organisation durch die nicht ausreichend engen Maschen der Registrierung schlüpfen? Die Beamten wählten einen standesgemäßen und landesbekannteren Ausweg: Gesetze und Verordnungen werden buchstäblich befolgt.

Die Folge waren immer wieder absurde Forderungen. Es ist hier nur Platz für ein paar aus einer großen Zahl von möglichen Beispielen:

Die einzureichenden Dokumente mussten im Original in der jeweiligen Landessprache der Mutterorganisation ausgefertigt werden, um dann notariell beglaubigt, gerichtlich apostolliert, physisch nach Moskau geschafft, von einem dazu bevollmächtigten Übersetzungsbüro übersetzt und erneut notariell beglaubigt zu werden. Um nun die Anzeige z.B. auf Deutsch ausfüllen zu können musste das vorgegebene Formular erst aus dem Russischen übersetzt werden. Die Anlagen zur Anzeige sind nach der Reihenfolge des kyrillischen Alphabets nummeriert: A, B, W, G, D. In der Zentrale einer deutschen Organisation wurden nun die Anlagen nach lateinischem Muster sortiert, also A, B, D, G, W, beglaubigt, zusammengebunden, apostolliert usw. *Rosregistracija* lehnte die Annahme dieser Anzeige ab. Formular ist halt Formular.

Die NGOs waren gehalten, ihren Vertretungen Namen zu geben, was sie auch munter taten. Doch hatten sie die Rechnung ohne *Rosregistracija* gemacht. Für NGO-Vertretungs-Namen gibt es in Russland zumindest ebenso strenge Vorschriften, wie sie deutsche Standesämter für Menschen bereithalten: Erst die Organisationsform, dann der Organisationsname, dann das Herkunftsland und zum Schluss unbedingt der Zusatz „in der Russischen Föderation“. Das Büro der Heinrich Böll Stiftung trägt nun offiziell den Namen „Filiale der Heinrich-Böll-Stiftung (Deutschland) in der Russischen Föderation“. Freiwillig gewählt hätten wir den nicht.

Auch Produkte moderner deutscher Verwaltung fanden nicht immer die Gnade von *Rosregistracija*. Eine deutsche Stiftung reichte einen Auszug aus dem in ihrem Bundesland von Papier auf Elektronik umgestellten Vereinsregister ein. Anerkannt wurde er erst, nachdem ein Auszug von vor fünf Jahren und noch traditionell-papierener Machart nachgereicht wurde.

Eine NGO aus den USA, gegründet lange vor dem Zweiten Weltkrieg, meldete ihre Gründer, deren Adresse, Geburtsdaten und Passnummern *Rosregistracija* zu erfahren von allen Meldewilligen verlangt, als längst verstorben. Doch die reine menschliche Logik musste vor der administrativen den Kopf neigen. Der Tod von in den 1920ern schon erwachsenen Menschen wollte durch Totenscheine amtlich beurkundet werden.

Diese kleine Aufzählung könnte noch eine ganze Weile fortgeführt werden. Wen hätte es wun-

dern sollen? Die Tiefen der russischen Bürokratie sind Literaturliebhabern spätestens seit Gogol und Saltykow-Schedrin bestens bekannt. Und auch Fjodor Dostojewskij lässt in den „Dämonen“ seinen Helden Stepan Trofimowitsch Werchowenskij ausführlich über die „administrative Begeisterung“ imperial-russischer Beamter *raisonnieren*. Es ist immer wieder erstaunlich, wie traditionsfest Verwaltungen sein können.

All diese Spielchen und Unsicherheiten, die langen Wege durch Behörden, Instanzen und Sprachen zusammen führten dazu, dass die NGOs ihre Anzeigen erst spät bei *Rosregistracija* eingereicht haben. Gründe dafür gibt es mehrere. Allein ein Dokument zusätzlich zu beschaffen und es den oben beschriebenen Weg gehen zu lassen kann leicht einen Monat in Anspruch nehmen. Die Unsicherheit darüber, wie die Anzeige auszufüllen sei, hat viele NGOs zudem dazu veranlasst, abzuwarten, um möglichst viel aus der aktuellen Praxis zu lernen. Und das alles geschieht vor dem Hintergrund, dass niemand wusste und weiß, ob hinter der kleinlichen bürokratischen Prozedur nicht doch die politische Absicht steht, nicht genehme NGOs auszuschließen.

Besorgnis erregte unter diesen Umständen auch die Frage, was tun, wenn eine Vertretung nicht rechtzeitig zum 18.10. registriert ist? Öffentlich, aber nicht schriftlich erklärte der Leiter der für die Registrierung zuständigen Abteilung von *Rosregistracija*, Alexej Schafjarow, auf Nachfrage mehrfach, Organisationen, die nach den alten Regeln bereits in Russland registriert waren, könnten auch nach dem Stichtag 18.10. ohne neue Registrierung vorerst weiter arbeiten, wenn sie bis dahin zumindest ihre Registrierungsunterlagen eingereicht hätten. *Rosregistracija* werde, als Entgegenkommen sozusagen, das NGO-Gesetz dahingehend interpretieren. Doch nicht alle NGOs mochten sich auf dieses unter Umständen unsichere Terrain begeben. Eine Garantie, dass andere Behörden als *Rosregistracija* das auch so sehen, gibt es nicht.

Auch die unterschiedliche Behandlung eigentlich gleicher Organisationen trug nicht zum Aufbau von Vertrauen in *Rosregistracija* bei. Manchmal regierte die Behörde augenblicklich, hatte höchsten ein paar erläuternde Fragen und registrierte schnell. Andere Organisationen hörten wochenlang trotz mehrfacher Nachfragen nichts von ihrem Antrag. Eine deutsche NGO wiederum erfuhr kurz vor dem Stichtag telefonisch, es gebe noch Probleme mit ihren Unterlagen. Auf der Website von *Rosregistracija* war jedoch bereits zu lesen, dass sie zwei Tage zuvor ins Register eingetragen worden sei, ein Datum, das später auch die Registrierungsurkunde auswies. Nicht die Antragsteller, wohl aber die Registrierungsbehörde schienen mit ihrer neuen Aufgabe überfordert.

Rund einen Monat vor dem Stichtag begann *Rosregistracija* die Anforderungen an die Meldeunterlagen sichtlich zu lockern. Vermutlich gab es einen Wink von oben, künftig nicht mehr so kleinteilig zu sein. Auch dafür dürfte es mehrere Gründe geben. Zum einen ist ein Hauptziel des Gesetzes schon erreicht. Die ausländischen NGOs werden von einer zentralen Behörde registriert und künftig kontrolliert. Außerdem ist die vor einem Jahr in Russland noch akute „orange Angst“ deutlich kleiner geworden. Auch dürfte es eher ein Interesse geben, möglichst viele NGOs zu registrieren. Eine größere Zahl akkreditierter Organisationen entspräche der Versicherung der russischen Führung, es gehe wirklich nur um die Verhinderung von Gesetzesbrüchen. Erneuter, auch internationaler Ärger kann zudem im Jahr des G8-Vorsitzes und der großen Inszenierung eines zivilgesellschaftlichen G8-Dialogs kaum im Interesse des Kremls sein.

Den Ärger hätte es dann aber fast doch noch gegeben. Schon im Sommer fragten insbesondere die Vertreter der deutschen politischen Stiftungen, wer denn künftig für die Visa der Büroleitungen zuständig sei. Bisher war das in ihrem Fall eine „Registrierungskammer beim Justizministerium“. Die Registrierungskammer hatte nach Inkrafttreten des Gesetzes die für die Visumserteilung notwendigen Einladungen mit dem Hinweis auf das Ende ihrer Zuständigkeit nur noch bis zum 18.10. ausgestellt. *Rosregistracija* lehnte es jedoch kategorisch ab, sich damit zu befassen. Begründung: Im Gesetz stehe davon nichts. Das ist richtig. In den von *Rosregistracija* ausgegebenen Registrierungsbescheinigungen sind jedoch die Büroleitungen namentlich mit Passnummer und Staatsbürgerschaft benannt. Nach den geltenden Gesetzen brauchen sie also Einladungen für Visa, um in Russland arbeiten zu können. Auch die deutsche Botschaft in Moskau kam im Laufe des Sommers in dieser Frage nicht weiter. Das russische Außenministerium zeigte sich trotz der Versicherung, man werde das regeln, nicht in der Lage zu helfen. Der 18.10. rückte näher und die Büroleiter mit bis zu diesem Tag gültigen Visa wurden nervöser. Vom russischen Außenministerium an das Justizministerium verwiesen, biss die deutsche Botschaft dort auf Granit. Die Büroleiter bereiteten ihre Ausreise vor. Weil sich nichts tat, griff am 18.10. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zum Telefon und rief seinen russischen Kollegen Sergej Lawrow an. Immerhin hatte Präsident Putin im Januar Kanzlerin Merkel versichert, es werde keine Probleme geben. Lawrow drückte sein Bedauern aus, versicherte, die Büroleiter könnten trotz ablaufender Visa im Land bleiben und

versprach die Visumsfrage zu lösen. Sechs Tage später waren die Visa um drei Monate verlängert. Die Frage aber, wer zukünftig zuständig sein wird, harrt weiter der Beantwortung.

Was war das nun? Wahrscheinlich von allem etwas. Zumindest war es ein Vorgeschmack darauf, was in der besonderen Sprache der Bürokraten „erhöhter administrativer Aufwand“ genannt wird. Das wird in Zukunft Zeit und auch Geld kosten, das dann für die eigentliche Arbeit fehlt. Größere und große Organisationen werden sich das leisten können, kleinere müssen ihr Engagement in Russland erneut überdenken. Es war aber auch eine politische Warnung. Der russische Staat hat, wie ungeschickt auch immer, seinen neuen Instrumentenkoffer vorgezeigt. Der steht bereit und wird allein durch seine Existenz disziplinierend wirken. Kremlastrologisch Veranlagte bringen auch diesen Vorgang wieder mit den angeblichen oder tatsächlichen Auseinandersetzungen unterschiedlicher Machtgruppen im Kreml in Verbindung. Doch so wichtig scheinen mir selbst die deutschen politischen Stiftungen, amnesty international, Human Rights Watch oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht zu sein.

Ich neige zu einem anderen Schluss. Die Vorgänge um die Umsetzung des neuen NGO-Gesetzes (und das gilt auch für die Behandlung der russischen NGOs, trotz gleichen Gesetzes aber eine andere Geschichte) sagen vor allem etwas über die Funktionsmechanismen und die Funktionstüchtigkeit der Putinschen „gelenkten“ Demokratie aus. Nach einer Zeit relativ großer Lenkbarkeit (russisch: *upravljaemost'*) der russischen Bürokratie nimmt sie in jüngster Zeit wieder erschreckend ab. Die gelenkte Demokratie wird „souverän“, aber anders als die Erfinder dieses Begriffs sich das gedacht haben. Die Allmacht des Präsidenten erdrückt seine Handlungsfähigkeit. Wer wie Putin nicht nur alles entscheiden kann, sondern muss, verliert die Fähigkeit ein so großes und kompliziertes Land zu steuern. Verantwortung für einen, bedeutet Verantwortungslosigkeit für alle anderen. Vorausgesagt haben das viele. Nun scheint es Wirklichkeit zu werden. Die Probleme der ausländischen NGOs mit der Registrierung entspringen keinem besonderen politischen Auftrag. Sie haben ihren Grund in bürokratischer Unfähigkeit gepaart mit der Unfähigkeit und dem Unwillen, Verantwortung zu übernehmen. Wozu auch?

Den deutschen NGOs in Russland hilft wohl nur die Hoffnung, dass Steinmeier Lawrows Mobiltelefonnummer so schnell nicht aus seinem Nummernspeicher löscht.

Lesetipp:

Hintergründe zum NGO Gesetz finden sich in den Russlandanalysen Nr. 82 und 103 unter www.russlandanalysen.de

Dokumentation

Resolution des EU Parlaments zur Lage der Pressefreiheit in Russland vom 25.10.2006

P6_TA-PROV(2006)0448

Ermordung der russischen Journalistin Anna Politkowskaja

(B6-0531, 0532, 0533, 0534, 0535 und 0536/2006)

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Beziehungen EU-Russland nach der Ermordung der russischen Journalistin Anna Politkowskaja

[Vorläufige Fassung im Volltext zitiert nach: Europäisches Parlament: In der Sitzung vom Mittwoch, 25. Oktober 2006 angenommene Texte, P6_TA-PROV(2006)10-25, VORLÄUFIGE AUSGABE, PE 379.661, im Internet veröffentlicht unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&objRefId=130189>]

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Ziele, die Demokratie und die politischen Freiheiten in der Russischen Föderation zu konsolidieren, wie sie im am 1. Dezember 1997 in Kraft getretenen Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU-Russland festgeschrieben sind, und des im Jahr 2006 vorgesehenen Beginns der Verhandlungen über ein neues Abkommen,
- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse und Erklärungen zur Pressefreiheit und Redefreiheit in Russland und insbesondere die Entschließung vom 26. Mai 2005 zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland¹,
- unter Hinweis auf die Verpflichtungen der Russischen Föderation in Bezug auf die Menschenrechte, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass Russland derzeit den Vorsitz im Ministerausschuss des Europarates innehat,
- gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die russische Journalistin Anna Politkowskaja im Fahrstuhl ihres Wohnhauses am Sonnabend, dem 7. Oktober 2006, in einer Weise erschossen wurde, die auf einen Auftragsmord schließen lässt,
- B. in der Erwägung, dass Anna Politkowskaja zahlreiche Artikel und mehrere Bücher zur Situation der Menschenrechte in Russland und speziell in Tschetschenien sowie im Nordkaukasus veröffentlicht hat,
- C. in der Erwägung, dass Anna Politkowskaja auch eine ausgewiesene Verfechterin der Menschenrechte in Russland gewesen ist und den Opfern von Menschenrechtsverletzungen speziell in Tschetschenien wirksam geholfen hat,
- D. in der Erwägung, dass dieser Mord dem an Andrej Kozlow, dem stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Zentralbank, folgte, der versucht hatte, das russische Bankensystem zu reformieren; in der Erwägung, dass auch der Verwaltungschef der Nachrichtenagentur Itar-Tass, Anatoli Woronin, am 16. Oktober 2006 in seiner Wohnung getötet wurde,
- E. in der Erwägung, dass die Ermordung politischer Gegner zu einem beunruhigenden Phänomen im politischen Leben Russlands geworden ist,
- F. in der Erwägung, dass Russland laut der Organisation Reporter ohne Grenzen und dem Komitee zum Schutz von Journalisten mit an der Spitze der Länder steht, in denen Journalisten ermordet wurden,
- G. in der Erwägung, dass die Untersuchungen dieser Morde unzureichend gewesen sind und in den meisten Fällen die Mörder nie ermittelt wurden,
- H. in der Erwägung, dass sowohl international als auch in Russland selbst öffentliche Besorgnis bezüglich der zunehmenden Einschränkung von Presse- und Redefreiheit geäußert wurde,
- I. in der Erwägung, dass die Freiheit der Medien, ein wirksamer Schutz von unabhängigen Journalisten und eine umfassende Unterstützung der Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen ein wesentliches Element der demokratischen Entwicklung in einem Land sind,
- 1. zollt der Arbeit und den Verdiensten von Anna Politkowskaja Respekt, einer hoch anerkannten Enthüllungsjournalistin, die bekannt ist als das Symbol des ehrlichen Journalismus in Russland, die zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem den Olof Palme-Preis, erhalten hat und die sich mutig dafür eingesetzt hat, Menschenleben und Menschenwürde zu verteidigen und verschiedene Formen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit insbesondere in Tschetschenien aufgedeckt sowie objektiv darüber berichtet hat;

2. bekundet sein aufrichtiges Beileid mit der Familie von Anna Politkowskaja, mit ihren Freunden und Journalistenkollegen sowie der Menschenrechtsbewegung;
3. verurteilt die Ermordung von Anna Politkowskaja auf das Schärfste und fordert die russischen Behörden auf, eine unabhängige und wirksame Untersuchung durchzuführen, um die Verantwortlichen für dieses feige Verbrechen ausfindig zu machen und zu bestrafen; fordert die Europäische Union und den Europarat auf, diese Untersuchungen sehr genau zu überwachen;
4. äußert seine tiefe Sorge über die zunehmende Einschüchterung, Schikanierung und Ermordung unabhängiger Journalisten und anderer der derzeitigen Regierung kritisch gegenüberstehender Personen und erinnert die russische Regierung daran, dass eine Fortsetzung dieser Tendenz sich negativ auf das allgemeine Ansehen Russlands auswirken wird;
5. fordert die russischen Behörden auf, aktiv gegen die Einschüchterung unabhängiger Journalisten und Menschenrechtsaktivisten zu kämpfen und unabhängige Journalisten, die schwere Fälle von Ungerechtigkeit in ihrem Land aufdecken, sowie Menschenrechtsorganisationen und deren Vertreter, die die Opfer von Menschenrechtsverletzungen verteidigen, umfassend zu schützen;
6. fordert die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, in den Verhandlungen über ein neues Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation prinzipiell und zuverlässig auf der Gewährleistung von Pressefreiheit und der Anerkennung eines unabhängigen Journalismus gemäß den europäischen Normen zu bestehen;
7. fordert in diesem Zusammenhang den Rat auf, die künftigen Beziehungen mit der Russischen Föderation grundlegend zu überdenken und das Thema mit dem Europäischen Parlament und der Zivilgesellschaft zu erörtern, um Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit zu Kernpunkten jedes künftigen Übereinkommens zu machen und einen eindeutigen Mechanismus zur Beobachtung der Umsetzung aller Bestimmungen eines solchen Übereinkommens festzulegen;
8. fordert, den Dialog zwischen der Europäischen Union und Russland zu Menschenrechtsfragen zu intensivieren, um diesen wirksamer und ergebnisorientierter unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments auf allen Ebenen zu gestalten, damit diese Komponente in dem neuen Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, das demnächst ausgehandelt werden soll, gestärkt wird;
9. ist der Auffassung, dass alle demokratischen Institutionen, einschließlich des Europäischen Parlaments, ihrer moralischen Verpflichtung gerecht werden müssen, solche Verbrechen unverzüglich zu verurteilen, indem sie ihre Entschlossenheit zeigen, Menschenrechte unabhängig von politischen Umständen zu verteidigen;
10. äußert seine tiefe Sorge darüber, dass nach dem Erlass der neuen Rechtsvorschriften über die Organisationen der Zivilgesellschaft mehr als 90 nicht staatliche Organisationen gezwungen waren, ihre Tätigkeit in Russland zu beenden; fordert die russischen Behörden auf, die Anmeldeverfahren zu beschleunigen und zwischenzeitlich den Organisationen zu gestatten, ihre Aktivitäten fortzusetzen bis ihre Anträge korrekt bearbeitet und in das Register aufgenommen sind; fordert die russische Regierung auf, die Ungenauigkeit der Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht als Vorwand zu nutzen, um die kritischen Stimmen der Zivilgesellschaft zum Verstummen zu bringen;
11. ist sich bewusst, dass der einzige Weg zur wirklichen Ehrung von Anna Politkowskajas engagiertem Einsatz für Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde darin besteht, gemeinsame Bemühungen zu unternehmen, um den Traum von Anna Politkowskaja von einem demokratischen Russland, das voll die Rechte und Freiheiten seiner Bürger anerkennt, zu verwirklichen;
12. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten, der Regierung und dem Parlament der Russischen Föderation und dem Europarat zu übermitteln.

Chronik

Vom 19. bis zum 26. Oktober 2006

19.10.2006	Das Blacksmith Institute veröffentlicht seine Liste der Orte mit der höchsten Umweltbelastung. Unter den aufgeführten 35 Orten sind acht aus Russland (Dudinka, Halbinsel Kola, Republik Komi, Magnitogorsk, Majak/Karatschaj-See, Tscheljabinsk, Norilsk, Rudnaja pristan/Dalnjegorsk, Wolgograd), sechs aus Indien, je zwei aus China, den USA, den Philippinen und Rumänien http://www.blacksmithinstitute.org/top10/10worst1.pdf .
20.10.2006	Auf die Steuerinspektion Nr. 7 in Moskau wird ein Bombenanschlag verübt. Personen werden nicht verletzt.
20.10.2006	Präsident Putin nimmt am informellen EU-Gipfel in Lahti teil. Im Verlauf des spannungsvollen Treffens lehnt der russische Präsident es ab, die Energiecharta in der gegenwärtigen Form zu unterzeichnen und weist Forderungen der EU-Regierungen zurück, Garantien für langfristige Energielieferungen zu geben.
20.10.2006	Am Flughafen Scheremetjewo beschlagnahmt der Zoll Kunstwerke, die zu einer Ausstellung nach London ausgeführt werden sollen. Der Zoll beanstandet Collagen, die Putin, Bush und Osama bin Laden in spärlicher Bekleidung zeigen.
21.10.2006	US-Außenministerin Condoleezza Rice führt in Moskau Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen im Fall der iranischen und nordkoreanischen Atomprogramme. Sie besucht auch die Redaktion der „Nowaja gazeta“, um der ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja zu gedenken.
21.10.2006	Mehrere Vermummte stürmen die Moskauer Galerie von Marat Gelman und zerstören ausgestellte Kunstwerke eines georgischen Malers. Marat Gelman wird zusammengeschlagen. Gelmans Galerie gilt bei russischen Ultranationalisten als „Treibhaus“ von „Kosmopolitismus“ und „antirussischen Werten“.
23.10.2006	Der russische Frachter „Sinegorie“ mit einer Holz-Lieferung aus dem Fernen Osten Russlands nach China sinkt, nachdem sich ein Teil der Ladung in einem schweren Sturm gelöst und den Schiffsrumpf beschädigt hat. 11 der 18 Besatzungsmitglieder können gerettet werden.
23.10.2006	Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht den 5. Worldwide Press Freedom Index. Darin rangiert Russland unter 168 Ländern auf Platz 147 – hinter Singapur, aber noch vor Tunesien.
23.10.2006	Der Föderale Registrationsdienst teilt mit, dass er die „Russische Volksdemokratische Union“ des früheren Ministerpräsidenten Michail Kasjanow nicht als Partei registrieren werde.
23.10.2006	Der Präsidentschaftsbeauftragte für den Südlichen Föderalbezirk, Dmitrij Kosak, leitet in Moskau die Sitzung einer Kommission, die sich mit der Verbesserung der sozioökonomischen Lage im Föderalbezirk befassen soll.
24.10.2006	In der Nähe von Tscheljabinsk birst eine Ölpipeline. Ausgelaufenes Rohöl verschmutzt eine Fläche von 5.500 m ² .
24.10.2006	Die russisch-ukrainischen Energieunternehmen RosUkrEnergo und UkrGaz-Energo unterzeichnen in Moskau eine Vereinbarung über den Preis, zu dem 2007 russisches Gas an die Ukraine geliefert werden soll. Zuvor war eine entsprechende Verständigung zwischen den Regierungen beider Länder erzielt worden. Der Preis soll danach 2007 bei 130 US\$ pro 1000 Kubikmeter liegen. Derzeit sind es 95 US\$.
25.10.2006	Putin stellt sich im Programm „Die direkte Leitung“ der Bevölkerung. In 2 Stunden und 54 Minuten beantwortet er eine Vielzahl von Fragen. Im Vordergrund stehen soziale und wirtschaftliche Probleme. Der Präsident erklärt abermals, er strebe keine dritte Amtszeit an.
25.10.2006	Der Test einer Rakete des Typs „Bulawa“, die von einem U-Boot aus gestartet wird, schlägt fehl.
25.10.2006	Es wird bekannt, dass Teilnehmer einer hochrangigen Arbeitsgruppe des Innenministeriums ihre Besorgnis über die Lage in der Wolga-Region geäußert haben. Danach hat es dort im Laufe des Jahres 2006 insgesamt bisher 214 Anschläge mit terroristischem Hintergrund gegeben (Saratow 51, Perm 36, Udmurtien 17, Tatarstan 14).
26.10.2006	Gennadij Sjuganow, der Vorsitzende der KPRF, kündigt an, dass er bei den Wahlen 2008 für das Präsidentenamt kandidieren werde.
26.10.2006	Rosregistracija, der Föderale Registrationsdienst, teilt mit, dass von den angemeldeten 35 Parteien nur 19 zu den Parlamentswahlen 2007 zugelassen werden können. Die übrigen 16 erfüllen die Zulassungsvoraussetzungen (50.000 Mitglieder, regionale Organisationen in allen Föderationssubjekten) nicht. Zugelassen sind u.a. „Einiges Russland“, KPRF, LDPR, „Heimat“, „Union der Rechten Kräfte“ und Jabloko.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de